

find ein Preisausgleich zwischen Kohlrüben, Kartoffeln und Zuckerrüben statt.

Was ist von dieser Preisrelation übriggeblieben? Wohlwoll hat das Durcheinander von ehedem so ziemlich wiederhergestellt. Man griff vielfach zu der Gewährung von Prämien, um die widerpenstigen Landwirte zur Ablieferung der Produkte zu veranlassen. Dieses System hat sich bereits so eingebürgert, daß keine Frucht, die notwendig gebraucht wird, ohne ein reichliches Aufgeld abgeliefert wird.

So wurde zunächst für Weizen und Roggen eine Fruchtprämie von 60 Mark pro Tonne, die langsam auf 20 Mark herabgesetzt werden sollte, gewährt. Diese Prämien, so war angedroht, sollten am 28. Februar in Wegfall kommen. Vom 1. März an sollte sogar ein um 100 Mark niedrigerer Preis für Weizen und Roggen wieder in Ansatz kommen. Die Wortführer der agrarischen Interessengruppen aber jetzt ein, daß sie infolge des Kohlenmangels nicht in der Lage wären, das Getreide zur angegebenen Zeit auszubringen; wo Kohlen vorhanden waren, fehlten andere Materialien oder auch Arbeitskräfte. Es wäre nun ungerecht, diese Landwirte vom Bezug der Prämien auszuschließen.

In der Tat, da die Verordnungen einen solchen Einwand bei einer recht entgegenkommenden Auslegung gelten lassen kann, wird das Kriegsernährungsamt nicht nein sagen, und die 100 Mark sind auch für spätere Ablieferungen noch sicher. Den Landwirten möchten wir sehen, ob nicht eine Ausrede vorbringt, wonach er verhindert war, das Getreide rechtzeitig abzuliefern. Erreicht wird damit, daß die Ablieferung möglichst hingezogen wird und während dieser Zeit das Verfüttern des Getreides weiter zunimmt. Unsere Brotversorgung bis zur nächsten Ernte gewinnt damit nicht an Sicherheit.

Nach Schluß der letzten Preisauflage beim Kaiser ein, hier sah man Zuschläge bis zu 130 Mark, so daß der Höchstpreis von 270 Mark auf 400 Mark pro Tonne stieg! Es wurde gesagt, die Konsumenten hätten von dieser Preissteigerung keinen Nachteil, da die Militärverwaltung die Lasten trage. Das ist ein köstlicher Trost für den Staatsbürger, der die Gelder aufbringen muß, die die Militärverwaltung in die Taschen der Agrarier schiebt.

Noch ungeheurerlicher sind die Preisauflage, die für Heu und Stroh mit Zustimmung des Kriegsernährungsamts gewährt werden. Heu ist von 200 Mark auf 320 Mark pro Tonne und Stroh von 100 Mark auf 140 Mark erhöht. Die Militärverwaltung brauchte die Lieferungen, der Preisanstieg sollte zur Abgabe geneigt machen. Niemand kann behaupten, daß dieser Preis berechtigt war, und der Landwirt, der die Zeit verstreicht, wird sich sagen:

Nur nicht so eilig mit dem Abliefern, je länger du zurückhältst, je mehr steigert sich die Aussicht auf eine recht reichliche Prämie. Gab es kein anderes Mittel, um die Militärverwaltung zu befriedigen? Konnten nicht im Wege der Enteignung die Bestände herausgeholt werden?

Das selbe Prinzip bei der Kartoffellieferung. Zunächst die Preissteigerung von 4 Mark auf 5 bis 6 Mark pro Zentner, dazu später eine Prämie von 50 Pfg. und Zufuhrerschädigung von 2 Pfg. pro Kilometer. Aber auch damit ist das Begehren der Agrarier nicht gestillt. Der Deutsche Landwirtschaftsrat verlangt eine besondere Prämie für den Anbau von Kartoffeln. Das Kriegsernährungsamt lehnt es ab, und nun tritt das preussische Landwirtschaftsministerium in die Breche und gewährt für Mehranbau von Kartoffeln über die Anbaufläche von 1917 eine Prämie im Betrag von 3,50 Mark pro Zentner Saatkartoffeln; außerdem wird für die Saatbeschaffung Sorge getragen. Da die Angaben über die

Anbaufläche fortgesetzt zurückgegangen sind — aus der wohlverständlichen Erwägung, es dürfe nicht aus der Anbaufläche auf große Ernte geschlossen werden, weil sonst die Sicherungspflicht für den Landwirt zu groß würde —, so sind die Voraussetzungen für die Anrechnung eines gesteigerten Kartoffelanbaues die denkbar günstigsten. Ob aber die Bevölkerung mehr Kartoffeln bekommt, das steht auf einem andern Blatte; die Hauptsache ist, daß die Subvention aus Staatsmitteln verlangt wird.

Sehr lehrreich ist das Kapitel über den Zuckerrübenpreis. In Friedenszeit wurde für den Zentner Rüben 80—90 Pfg. gezahlt, dieser Preis war bis zum Frühjahr 1917 auf 2,50 Mark hinaufgeschraubt. Der deutsche

Landwirtschaftsrat fordert jetzt aber 3,50 und die Interessenten des Rübenanbaues sogar 3,75 Mark! Die Anbaufläche betrug 1917 rund 400 000 Hektar, der Ertrag etwa 200 Millionen Zentner. Gegen den Friedenspreis würde die Erhöhung auf 3,75 Mark pro Hektar einen Mehrertrag von 1400 Mark bedeuten, auf die gesamte Anbaufläche umgerechnet

ein Mehr von rund 560 Millionen Mark. Im Vorjahr begann derselbe Spektakel. Es hieß, der Anbau der Zuckerrübe werde zurückgehen, wenn nicht der Preis um mindestens 1 Mark hinausgesetzt werde. Das geschah — und in diesem Jahre können 20 Millionen Zentner Zuckerrüben nicht verarbeitet werden, weil es an Kohlen fehlte in den Rohzuckerfabriken! Aber nach allen Erfahrungen ist sehr zu bezweifeln, ob nicht die Herren vom Deutschen Landwirtschaftsrat, die auf ihrer letzten Tagung mit aller Ungeniertheit allgemeine Preissteigerungen forderten, das Kriegsernährungsamt mit in ihre Gefolgschaft ziehen.

Alle diese Ansprüche werden aber noch überflügelt durch die Preise für Gemüse, hier handelt es sich um

Zuschläge von 300 Prozent und darüber gegen den Friedenspreis. Nur ein Beispiel: Für Weißkohl wurde im Jahre 1918 ein Erzeugerpreis von 1,50 Mark pro Zentner gezahlt, der Höchstpreis ist gegenwärtig 6 Mark, mithin ein Zuschlag von 300 Prozent. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst rechnet, gering eingeschätzt, mit einem Ertrag von 300 Zentnern pro Hektar. Das würde pro Hektar eine Erhöhung des finanziellen Ergebnisses von 1350 Mark bedeuten. Einige andre Gemüsearten erzielen noch höhere Gewinne, ohne daß damit den Ansprüchen des Bundes der Landwirte genügt wäre.

Es fehlt im Kriegsernährungsamt der Widerstand gegen die immer rücksichtsloser auftretenden Anforderungen aus landwirtschaftlichen Kreisen, es gibt keine Grenze für das Begehren; kaum ist eine höhere Preiskategorie erklimmt, so setzt die Bewegung schon wieder ein für ein weiteres Aufwärtsschreiten, schließlich wird die Bevölkerung nur noch zum Ausbeutungsobjekt der größten wirtschaftlichen Interessengruppen, die den Anbaustreik androhen oder durchführen, falls nicht ihre Forderungen restlos erfüllt werden.

Was der Krieg bringt.

Ein Riesendampfer versenkt.

Unter wachsender Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, der Kaiser der Kaiser, der Kaiser der Kaiser, ist der irische Rumpf versenkt worden. Es heißt, daß mehrere Torpedos auf das Schiff abgefeuert wurden. Die verlassene, fahrlässige Besatzung von 400 Mann und hatte an Bord 150 Kisten der Kriegsmarine an Bord.

Nach einer weiteren Katastrophe aus London war der Dampfer „Calgarion“ als bewaffneter Hilfskreuzer im Dienst. Zwei Offiziere und 45 Mann sind bei der Versenkung ums Leben gekommen.

21 000 Tonnen.

Durch seine U-Sonde wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 21 000 Bomben versenkt. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische bewaffnete Dampfer „Wiltshire“ (3000 Bomben versenkt) mit Aufschlagsbomben, ferner zwei bewaffnete Dampfer von 3000 und 4000 Bomben versenkten. Ein Dampfer hatte Erz und Holz für England. Die Besatzung wurde zum größten Teil in der Trümmern See ertrunken.

Die falsche Adresse.

In der Stunde, die der Unterzeichnung des Schwerefriedens in Brest-Litowsk voranging, hat der Führer der russischen Delegation erklärt, daß Rußland, nach dem Wunsch des Völkerfriedens, den Friedensvertrag unterzeichne, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten, nachdem es vergeblich an die deutschen Arbeiter appelliert habe. Gegen diesen Wunsch wendet sich der „Bourgeois“ mit folgenden Worten:

Es ist der letzte Akt einer gewaltigen geschichtlichen Tragödie, den wir als deutsche Arbeiter in Rußland erleben. Wir erleben in diesem Schritt noch einmal das letzte Sichauflösen eines großen Volkes, von dem wir niemals getrennt hat, gegen die deutschen Besatzungen eines Reiches, die wir selber nicht aufgeben können.

Das letzte Gefühl auch den Diplomaten des Reiches ist ein Gefühl der Verzweiflung. Die Erklärung des bulgarischen Ministers Ljapoff, man sei bei dem Krieg geblieben, um einen dauernden Frieden zu schließen, und nicht, um den Reim für neue Kriege zu legen, die Erklärung der russischen Delegation, daß sie eine Revolution, die mit dieser Krieg nicht überleben kann.

Es ist es in der Tat, nur daß es nicht wahr ist, die Welt zu retten, sondern zu zerstören, und dann die Welt zu retten. Man hat Frieden geschlossen und

Gefühl tödlicher Feindschaft

Das ist ein tief beklagenswertes Ergebnis, das wir vorangesehen und vor dem wir gewarnt haben. Der Vorsitzende der russischen Delegation, Sokolnikow, hat auch noch einmal bittere Worte an die Adresse der deutschen Arbeitererschaft gerichtet, an deren Hilfe die russische Regierung vergeblich appelliert habe. Diese Worte sind aus dem Gefühl- und Schandenschein der russischen Delegation heraus vollkommen verständlich, und Herr v. Rosenburg war nicht berufen, im Namen der deutschen Arbeiter auf sie zu antworten. Die deutschen Arbeiter stehen nicht hinter Herrn v. Rosenburg und der von ihm vertretenen Politik.

Sehen wir den Tatsachen ruhig ins Gesicht, und erklären wir offen, daß bei diesem Frieden dem Sozialismus aller Richtungen der erstrebte Erfolg verjagt geblieben ist. Die deutsche Sozialdemokratie veranlaßt trotz der radikalsten Absichten durch ihre Politik nicht zu verhindern, daß ein Friede geschlossen wurde, den die Gegner als Verständigungsfriede nicht anerkennen konnten, den sie vielmehr als einen Gewaltfrieden nur unter Protest unterzeichneten. Ungeachtet hat der Bolschewismus, dessen schwere Fehler wir oft kritisiert haben, mit keinem aus der reinen Theorie gezogenen Methoden des Ideal des demokratischen Friedens zu verhandeln vermocht. Gar nicht zu reden von unsern „Unabhängigen“, die zwischen deutsch-sozialdemokratischer und bolschewistischer Politik eine goldene Mittellinie suchen, die es nicht gibt und nicht geben kann.

Die Wortworte Sokolnikows richten sich auch nicht an die deutsche Sozialdemokratie, sondern an die deutsche Arbeitererschaft, an die Arbeitererschaft ohne Unterschied der politischen Richtung. Diese hätte, das ist der eigentliche Sinn seiner Vorlesung, in Deutschland einen

revolutionären Kampfschritt einzuführen, um auf diese Weise den demokratischen Frieden zu erzwingen. In einem solchen Kampfschritt sollten aber alle Voraussetzungen, vor allem in der Realität der deutschen Arbeiter selbst. Die deutschen Arbeiter sagen sich, daß durch den revolutionären Kampfschritt nicht der demokratische Friede, sondern der imperialistische Krieg und Gewaltfrieden zugunsten der Entente verwirklicht werden würde, und das ist der Friede, den von allen deutschen die deutschen Arbeiter am allerwenigsten wollen.

Unter diesen Umständen lautet die deutsche Arbeiterpolitik auf keine andere Politik freies als die der deutschen Sozialdemokratie. Sie mußte ihr Lebensrecht aufgeben, um nicht zu ertrinken, Einstieg zu gewinnen, in der Hoffnung, es werde ihr dadurch gelingen, eine Entwicklung aufzuhalten, die sie für verhängnisvoll hielt. Es ist ihr nicht gelungen. Aber kann, die ihr deswegen Vorwürfe machen, kann sie entgegenstellen, daß die einzig konsequente Methode, die es außer der deutsch-sozialdemokratischen gibt, nämlich die bolschewistische, nicht einmal den Gewaltfrieden verhindern kann, der auf Kosten des eigenen Landes geschlossen wird. Wir gehen nun über die Haltung und den Einfluß der englischen und der französischen Arbeitererschaft

im Fall einer deutschen Niederlage keinen Illusionen hin und möchten nicht den Tag erleben, an dem sich die Hoffnung Deutschlands nur noch an ihre Stärke und ihren guten Willen flammert.

Sokolnikow verlangt von uns etwas, was wir nicht leisten konnten, was jedes Land nur für sich selber leisten kann. Nur Rußland konnte Rußland helfen.

Die Polen in Preußen.

Im Abgeordnetenhaus kam es am Mittwoch bei der Beratung des Etats der Ansiedlungskommission zu einer ausgedehnten Auseinandersetzung über die Polenpolitik der Regierung.

Die Debatte wurde eingeleitet mit einer Erklärung des Abg. Seyda, die darauf hinauslief, daß die Polen augenblicklich jeden weiteren Meinungsaustausch für aussichtslos halten und es deshalb ablehnen müssen, sich an einer Debatte über die polnische Frage selbst zu beteiligen. Dagegen halten sie es für angebracht, das Gelegenheit zu benutzen, um gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk ihren Protest einzulegen. Die Regierung des Deutschen Reiches und von Oesterreich-Ungarn hätten versucht, die Bande des Herzens, des Glaubens und des Blutes zu zerreißen. Die Abtrennung des Cholmer Landes und von Podlachie von Polen sei eine schwere Verletzung des den Polen nicht nur seitens der Zentralmächte, sondern auch seitens Rußlands und der andern kriegführenden Staaten zuerkannten Selbstbestimmungsrechts und ein brutaler Schlag gegen den auch von den Mittelmächten anerkannten Grundsatz eines demokratischen Friedens ohne Annexionen. Mit der Erklärung des Reichskanzlers Grafen Hertling vom 25. Februar 1918 in bezug auf die Feststellung der westlichen Grenzen des Königreichs Polen wird eine Politik der Annexionen angekündigt, welche ein friedliches und freundschaftliches Nebeneinanderleben des deutschen und polnischen Volkes unmöglich machen würden. Wir legen nochmals feierlichst die Verwahrung gegen diese bereits getätigten und noch beabsichtigten Gewaltakte an der polnischen Nation ein und werden den ukrainischen Friedensvertrag niemals als Recht anerkennen.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Doktor Friedberg erwiderte, daß das Abgeordnetenhaus mit dieser Frage nichts zu tun habe. Was Herr Seyda und seine Freunde über den Friedensschluß mit der Ukraine denken, könne die preussische Regierung ziemlich indifferent lassen. Er wüßte nicht, was die Polen getan hätten, um ihr Vaterland vom russischen Joch zu befreien. Sie verdanken es im wesentlichen den Mittelmächten.

Der konservative Abgeordnete Wolff-Gorfi forderte für seine Partei scharfe gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Polen und erklärte, er müsse mit drohendem Hammer an das Schloß nach der Regierung schlagen. Mit der von der Regierung beabsichtigten Reform des Wahlgesetzes, die vielleicht 150 Sozialdemokraten, 100 Zentrumskräfte und 50 Polen bringen kann, könne die Regierung ihre Ostmarkenpolitik nicht fortsetzen. Gegenüber den polnischen Ansprüchen müsse auch einmal

von deutscher Seite mit „ganz groben Brummern geschossen“ werden.

Treffend erwiderte Dr. Friedberg dem grimmigen Wolff, wenn man die Zahl der polnischen Mandate nicht vermehren wolle, müsse das Dreiklassenwahlrecht beibehalten werden. Aber die Konservativen hätten ja im Wahlrechtsausschuß selbst einen Antrag auf Einführung eines Mehrstimmwahlrechts gestellt, durch das den Polen kein Abbruch geschehen würde. Tatsächlich habe man es mit einer völlig veränderten Frontstellung der Konservativen zu tun. Im übrigen verteidigte der Vizepräsident des Staatsministeriums die Haltung der Regierung, die darauf hinauslaufe, die polnischen Staatsbürger zu verschonen.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der fortschrittliche Abgeordnete Pohlmann, während Genosse Braun die ganze bisherige Polenpolitik der Regierung einer scharfen Kritik unterzog. Braun führte im einzelnen aus:

Es handelt sich hier um einen politischen Kampfsatz, und die Folge ist, daß der Gewinn für die Volkswirtschaft, der aus der Tätigkeit der Ansiedlungskommission entspringt, in keinem Verhältnis steht zu den angewandten großen Mitteln. Zur Begründung dieses mehr nationalpolitischen Charakters des Staats verweist man auf die Notwendigkeit, das Deutschstum in den Ostmarken zu erhöhen und zu stärken. Es berührt eigenartig, daß etwa 70 Millionen Deutsche sich derartige Mittel bedienen müssen, um sich gegen etwa 3 1/2 Millionen Polen zu schützen. Wichtig ist allerdings, daß in einzelnen Bezirken die Polen in der Uebermacht sind und auch recht aggressiv gegen das deutsche Element auftreten. Aber hier liegt jedenfalls eine Wechselwirkung vor. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Auch in diesen Bezirken befinden sich die polnischen Teile in der Uebermacht, da hinter den preussischen Elementen die ganze Macht des preussischen Staats steht, und die Politik, die Preußen betreibt, läuft doch letzten Endes darauf hinaus, die Polnisch sprechenden Elemente aus diesen Kreisen zu verdrängen. (Sehr richtig!) Eine solche Politik kann natürlich niemals zur Verständigung und zur Milderung der Gegensätze führen. Die Ansiedlungskommission hat mit ihren Bestrebungen nur einen ganz winzigen Erfolg

erzielt, denn in dem letzten Jahresbericht hat sich die deutsche Bevölkerung in jenen Provinzen um 4,5, die polnische um 4,4 Prozent vermehrt. Dieser Gewinn steht in keinem Verhältnis zu den aufgewandten Millionen und der Unruhe von Verwirrung und Verärgerung, die diese Politik bei den Polen hervorgerufen hat. (Sehr wahr! h. d. Soz. und Soz.) Bei einer Fortsetzung, der auf die Verdrängung der Polen gerichteten Politik ist eine Verständigung mit den Polen ausgeschlossen. Das heißt, mit dem preussischen Schlüssel den polnischen Herzensschmerz aufzuschließen wollen. Diese Politik muß vielmehr reiflich aufgegeben werden. Vor dem Kriege war die Masse der polnischen Bevölkerung zweifellos zur Verständigung bereit. Bei Beginn des Krieges kam man zunächst der preussischen Regierung und Bevölkerung mit einem gewissen Vertrauen entgegen. Aber dieses Vertrauen wurde mit

offenem Mißtrauen von deutscher Seite

beantwortet, die Polen wurden lediglich mit Versprechungen abgespeist. Jetzt endlich will man Ernst machen mit der Aufhebung des Enteignungsgesetzes, aber offenbar nur, weil man zur Erkenntnis gekommen ist, daß dieses Gesetz ein Mißgriff war. Es hat sich in Wahrheit als Hilfsaktion für halbhanfrotte polnische Grundbesitzer herausgestellt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) In dieser Aufhebung kann also die polnische Bevölkerung kein Entgegenkommen erblicken, zumal der § 13b des Ansiedlungsgesetzes aufrechterhalten wird, mit dem man es dem polnischen Bauer unmöglich machen kann, sich auf eigenem Grund und Boden ein schützendes Dach zu bauen, und zumal man es ablehnt, polnischen Ansiedlern die Wohnstätten des Gesetzes betr. die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern im gleichen Maße zugute kommen zu lassen. Hat doch der Landwirtschaftsminister in einer Kommission des Herrenhauses erklärt, die Ansiedlungskommission werde wie bisher deutschen Ansiedlern zu erheblichen günstigeren Bedingungen als polnischen Kriegsteilnehmern Ansiedlungsmöglichkeit verschaffen. (Hört, hört!) Also die Männer, die gemeinsam im Schützengraben gestanden haben, sollen, wenn sie nach Hause kommen, wieder verschieden bewertet werden. Ein Mitglied des Herrenhauses, das lange in einem rein polnischen Kreise gelebt hat, hat in der Kommission bestätigt, daß die Polen bei der Mobilmachung und

während des Krieges alle ihre Pflichten getan haben, er wisse nicht, wie er ihnen mit einer solchen Ausnahmebestimmung gegenüberzutreten könne. (Hört, hört!) Es ist ein Fehler der ganzen preussischen Polenpolitik, daß sie diese Unpopularen nicht beachtet. Man will zwar gestatten, daß der Religionsunterricht in Zukunft in polnischer Sprache erteilt werde, aber wenn der Unterricht in Religion nur polnisch gut erteilt werden kann, trifft das natürlich für den gesamten Schulunterricht ebenso zu. Am besten wäre es, man lehrte die Polen auch Deutsch sprechen und die Deutschen auch Polnisch sprechen. Das würde zu ihrem wirtschaftlichen Fortkommen sehr viel beitragen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Auch die

Behandlung der polnischen Saisonarbeiter als rechtlose Masse trägt nicht zur Verjüngung der Polen bei. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Auf diese Weise stößt man die Polen von Preußen ab und erhöht die Anziehungskraft des neuerrichteten polnischen Staates. Man besorgt damit die Geschäfte der extremen Expansionspolitik auf polnischer Seite und die Geschäfte der Entente, die als die Polen nach für den Zarismus kämpfen, an ein selbständiges Polen nicht gedacht hat und jetzt lediglich die Polen als Werkzeug gegen die Mittelmächte benutzen will. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn nicht eine aggressive Irredenta in den polnischen Landesteilen unausweichlich sein soll, muß die preussische Polenpolitik von Grund auf geändert werden. Herr Wolff-Gorch meinte, mit allem Entgegenkommen werde man die Polen mit dem preussischen Regime nicht ausöhnen. Allerdings, mit diesem preussischen Regime nicht. Daß man die bisherige Adelspolitik fortsetzen will, beweist auch die Absicht, das Proportionalwahlrecht in den Polnisch sprechenden Provinzen einzuführen, eine Maßnahme, die sich naturgemäß gegen die Polen richtet. Entweder man führt einen extrem scharfen Kampf gegen das Polentum, was ich für sehr verderblich halten würde, oder man treibt tatsächliche Verbesserungen durch, darf aber dann nicht bei Halbheiten und Versprechungen stehenbleiben. Der unheilvolle Einfluß des Parteiismus muß gemindert werden. Alle Ausnahmegesetze und Verwaltungsmassregeln gegen die Polen muß man reiflich aufheben. Räume man den Polen gleiche Rechte und gleiche wirtschaftliche und politische Betätigung ein. Nur so kann man ihr Vertrauen gewinnen. (Weiß, h. d. Soz. und Soz.)

Nach der Rede unseres Genossen versuchte der Alldeutsche Liberale Führer noch durch eine Brandrede gegen die Polen scharf zu machen, während der konservative Winkler sich die Hammerschläge seines Fraktionskollegen Wolff zu eigen machte. Auch er brachte den Schmerz der Konservativen über die Wahlrechtsvorlage erneut zum Ausdruck. Der konservative Litauer Edigalat hielt es für notwendig, zu betonen, daß an eine Verständigung von Russisch-Polen und Russisch-Litauern nicht gedacht werden dürfe.

Im übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Bei der Abstimmung wurde die Denkschrift der Ansiedlungskommission gegen die Stimmen der Polen, des Beitritts und der Sozialdemokraten beider Richtungen für erledigt erklärt. Der Etat wurde angenommen. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag 11 Uhr statt.

Die Plage der Postdiebstähle.

Der Hauptausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Beratung des Postetats. Staatssekretär Müllin begründete in längeren Ausführungen die Notwendigkeit zahlreicher Stellenvermehrungen und machte dabei auch interessante Angaben über den Umfang der Feldpost. Mehr als die Hälfte aller Beamten werde im Felde verwendet, da täglich 21 000 000 Feldpostsendungen bewältigt werden müssen. Auch die seitigen Verhältnisse der Postpost behandelte der Staatssekretär, wobei er betonte, daß die zahlreichen Diebstähle nur zu einem geringen Teil auf Verfehlungen des Postpersonals zurückzuführen sind.

Auf einen Wunsch des Abgeordneten Gubrich (Fortschr. Sp.), der eine Statistik der Postdiebstähle wünschte, teilte der Staatssekretär noch folgendes mit: In den letzten 4 Jahren sind wegen Diebstählen verurteilt worden: 39 Beamte, 254 Unterbeamte und 3234 Hilfsbeamte. Auf der Eisenbahn wird die Post ganz systematisch geraubt.

Ganze Banden haben sich zu diesem Zwecke gebildet. Eine Menge Pakete sind auch infolge mangelhafter Verpackung unbeschädigt. Diese Zahl stieg 1917 auf 59 000, für sie mußte Ersatz geleistet werden. Alle Versuche, diese Zustände zu beseitigen, sind erfolglos geblieben. Die Verluste im Felde steigern sich auch durch die plötzlichen Truppenverchiebungen. An Ersatz mußte geleistet werden: 1912: 100 000 Mark, 1914: 399 000 Mark, 1916: 1 178 000 Mark, 1917: 3 100 000 Mark.

Auf eine weitere Anfrage des Abgeordneten Gubrich, ob der umfangreich betriebene Mißbrauch der Feldpost nicht eingeschränkt werden könne, entgegnete ein Regierungsvorleser, daß zweifelslos zahlreiche Fälle von Mißbrauch vorliegen, aber eine Einschränkung der Postfreiheit sehr genau erwogen werden müsse.

Der Abgeordnete Taubadel (Soz.) wandte sich sehr energisch gegen jede Einschränkung der Postfreiheit. Auch er ging auf die Diebstähle bei der Post ein, die erschreckend überhandnehmen, und kritisierte namentlich die ganz unzureichende Höhe der Entschädigungen. Diese werden ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert nach dem Gewicht des Pakets bemessen. Zu den Diebstählen trage auch viel die schlechte Bezahlung der Auslieferer bei. Demgegenüber meinte der Staatssekretär, daß die Post bei Entschädigungen noch sehr entgegenkommend (!) sei, sie sei sogar berechtigt, während des Krieges jede Haftung abzulehnen, habe aber davon keinen Gebrauch gemacht.

Abg. Meher (Herford) begründet dann einen Antrag aller Parteien, die

Gehaltsätze der untersten Klassen (gehobene Unterbeamte) mit 1500 Mark beginnen und bis zu 2200 Mark steigen zu lassen.

Geheimrat Mäder: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt, daß während des Krieges eine Reform der Besoldungsordnung nicht angängig ist. Die Gärten, die eingetreten sind, müssen durch Teuerungszulagen ausgeglichen werden.

Dieser Standpunkt der Regierung wurde von allen Seiten scharf bekämpft. Der Besoldungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten bei der Post wurde gleichzeitig in den Verhandlungen mehrfach berührt. Abg. Taubadel (Soz.) stellte die Pflicht der Postverwaltung fest, zahlreiche Kriegsbeschädigte zu beschäftigen. Hierauf entgegnete Staatssekretär Müllin, daß die Post bisher 11 200 Kriegsbeschädigte eingestellt habe, sie werde auf diesem Wege fortfahren. Beim Telephonbetrieb könne man die Frauen allerdings nicht entbehren.

Zum Schluß gab es noch eine kleine Polendebatte. Abg. Graf Carmer (sonf.) forderte, in den Postetat die Ostmarkenzulage wieder einzulegen, nachdem die Polen durch ihr Auftreten im Preussischen Landtag bewiesen haben, daß sie dem Reiche nach wie vor feindlich gegenüberstehen. Dieses Ansinnen wurde vom Abg. Erzberger als eine Provokation und von dem Abgeordneten Hoch als geradezu unerhört bezeichnet. Graf Carmer unterließ es denn auch, formell einen solchen Antrag zu stellen. Damit war der Postetat erledigt.

Bei den Reaktionen entspann sich eine Debatte über die Lohnverhältnisse der Postauslieferer. Abg. Taubadel wies insbesondere darauf hin, daß man bei einem Lohne von 3,50 Mark pro Tag allerdings nicht genügend brauchbare Kräfte bekommen könne.

Seereslieferanten vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Wiesbaden hatten sich in mehrtägiger Verhandlung die Inhaber der Holzfirma Philipp, Rudolf und Karl Philipp, sowie der Prokurist der Firma Wilhelm Fischer gegen die Beschuldigung zu verantworten, sich bei Lieferungen von bearbeitetem Holze an die Seeresverwaltung unerlaubte Vorteile beschafft zu haben. Die Firma Philipp erhielt in den beiden ersten Jahren des Krieges vom Militäramt Mainz Aufträge, die den Betrag von 28 Millionen erreichten haben sollen. Der Betrieb der Fabrik nahm solche Dimensionen an, daß die Eisenbahnverwaltung sich beschwerte, weil die Bahnhöfe der Raaberschaft durch die An- und Abfahrungen von Holz geradezu verstopft wurden. Ein dritter Bruder der Angeklagten, Heinrich Philipp, hatte in seiner Eigenschaft als Hauptmann und Vorsteher des Rionierheresparks Mainz Gelegenheit, die Offiziere an die Seeresstelle einzuschleichen. Er teilte die angebotenen Preise seinen Brüdern mit, die sich mit ihren Offizieren danach richten konnten. Von den auf diese Weise überschriebenen Aufträgen bezog Heinrich Philipp bestimmte Prozente.

Die Anklage behauptete weiter, daß die Preise der Firma Philipp unter der Hand erhöht worden seien, und zwar unter Mitwirkung des Hauptmanns Philipp, und daß der Firma besonders hohe Vorzuschüsse geleistet wurden.

Die Beschuldigungen gegen Hauptmann Philipp haben bereits das Militärgericht Mainz beschäftigt, das den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilte. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen die Gebrüder Philipp je 1 Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Außerdem sollen nach dem Antrag des Staatsanwalts 124 000 Mark Besetzungsgelder eingezogen werden. Gegen den Prokuristen Fischer beantragte der Staatsanwalt wegen Begünstigung eine Geldstrafe von 500 Mark.

Das Gericht sprach unerwarteterweise sämtliche Angeklagten frei. Es nahm in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Verteidigung an, daß Hauptmann Philipp nicht erst durch Vorteile bewogen zu werden brauchte, seinen Brüdern die Aufträge zuzuführen. Wenn die Fabrik große Gewinne erzielte, so hänge das mit der Höhe der Aufträge zusammen. Jedenfalls brauchten die Angeklagten aus der Höhe des Gewinnes nicht zu folgern, daß dieser Gewinn im Sinne der Bundesratsverordnung ein übermäßiger Gewinn war. Der Verteidiger hatte u. a. auch bemerkt: Bei dieser ersten Anklage wegen Kriegswahrs gegen Großindustrielle müßte sich das Gericht der großen Bedeutung dieses Urteils bewußt sein. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Deutschlands Dank an seine Waffenindustrie

barin bestünde, daß man nachträglich die Industrie mit Kriegsmücherranlagen verfolge. — Solche Neben werden allen Unternehmern, die große Kriegsgewinne gemacht haben, lieblich in den Ohren klingen. —

Notizen.

Das Verfahren wegen Landesverrats gegen die Redakteure Stamper und Kuttner vom „Vorwärts“, begangen angeblich durch Veröffentlichung eines Artikels, der die Forderungen der streikenden Arbeiter mitteilte und besprach, ist vom Oberreichsanwalt eingestellt worden. —

Nachträgliche Rechtfertigung des großen Streikes. Die Zeitungen Rajsels bringen aus dem benachbarten kleinen Dorfe Schredtsbach folgende Notiz: „Zu jenen 1000 Pfund Speck lieferte unser Dorf für die nicht am Streike beteiligten Schwerkriegsarbeiter Rajsels.“ Woher hat ein solches Rest plötzlich 1000 Pfund Speck? Die Ablieferung dieser ungeheuren Menge beweist, daß die Bauern in der Ablieferung der Lebensmittel gestreift haben, ehe die Industriearbeiter streikten. Ihre Begeisterung für die Munitionsarbeiter, die weitergearbeitet haben, zeigt, daß sie selber wissen, wie unverantwortlich sie an Deutschland mit ihrer Verweigerung der notwendigen Lebensmittellieferungen handeln. —

Eine Anfrage im Reichstag. Abg. Taubadel (Soz.) hat folgende Anfrage eingebracht: Im Bereich des stellvertretenden Generalkommandos für das 5. Armeekorps bringt der stellvertretende Kommandierende General durch eine Anordnung vom 11. Februar dieses Jahres auf Grund des Gesetzes über den Verlagerungszustand die Bestimmungen des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst auch für jugendliche männliche Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Anwendung. Der Reichskanzler wird gefragt, was er gegen diese im Widerspruch mit dem Gesetz über den Hilfsdienst stehende Anordnung tun gedenke. —

„Seadler“-Kunde. Die „Times“ meldet aus Baharain: Vier traif ein holländischer Schoner „Colcabano“ ein. Er kam von den Oerinelin in der Südjee mit 58 Mannschaften, darunter ein Offizier, von der Besatzung des deutschen Dampferschiffes „Seadler“ an Bord. Sie erklärten, daß sie an Bord des Schoners „Fortuna“ vor den Oerinelin Schiffbruch erlitten hatten. —

Der Führer der teiligen Nationalisten John Edward Redmond ist in der Nacht zum Mittwoch gestorben. Redmond war der Führer der irischen Nationalistenpartei, die im Unterhause das Plänglein an der Wage zwischen Liberalen und Konservativen bildete. Während des Krieges hat er die Politik der Regierung unterstützt und dadurch immer mehr an Ansehen bei der irischen Bevölkerung verloren; die sich in zunehmendem Maße den revolutionär gesinnten, ein selbständiges Irland verlangenden Sinnfeiern zuwendet. —

Kege Artillerietätigkeit.

W. L. W. Großes Hauptquartier, 7. März 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nordwestlich von Dünabre brachten Sturmabteilungen von einem Angriff gegen zwei belgische Geschütze 3 Offiziere, 114 Mann und einige Maschinengewehre ein. Die Artillerietätigkeit lebte in vielen Abschnitten auf. Mehrfach wurden englische Erkundungsvorposten abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die französische Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front rege Tätigkeit. Nordwestlich von Abocourt drangen Sturmtruppen tief in die französischen Stellungen ein und führten nach heftigen Kämpfen und nach Zerstörung zahlreicher Ueberstände mit 27 Gefangenen jurist.

Im Luftkampf wurden gestern 19 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen.

Hauptmann Ritter v. Tuschek errang seinen 26. Luftkrieg. Durch Bombenabwurf englischer Flieger auf ein Lazarett in Courcoing wurden zahlreiche französische Einwohner getötet.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der Friede mit Finnland.

W. L. W. Berlin, 7. März. Heute mittag wurde der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffsahrtsabkommen sowie ein Passaprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet.

In Artikel I wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß die vortragstehenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seines Besitztandes an eine fremde Macht abtreten noch einer solchen Macht eine Servitut an seinem Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sofort nach der Beendigung des Friedensvertrages, den gegenseitigen Verzicht auf Eroberung von Kriegstrophäen und Kriegsschäden, die Wiederherstellung der Staatsverträge und Privatrechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und Internierten und den Ersatz für Zivilschäden. Was die Staatsverträge anbelangt, so sollen die außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland durch neue Vertragsverträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Beziehungen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über einen Handels- und Schiffsahrtsvertrag unterhandelt werden. Einzelnen werden die Rechtsverhältnisse zwischen den beiden Ländern durch das Handels- und Schiffsahrtsabkommen geregelt.

Besonders der Servitut treten alle Kriegsschiffe mit der Beendigung dieses Vertrages außer Kraft. Die Schuldenverhältnisse werden wiederhergestellt und die Bezahlung der Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentlichen Schulden, wieder aufgenommen. —

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 7 der Verordnung des Bundesrats über...

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnungsgebung über die...

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnungsgebung über die...

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnungsgebung über die...

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnungsgebung über die...

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnungsgebung über die...

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914...

Table with 3 columns: Item, Großhandelspreis, Kleinhandelspreis.

Arbeitsmarkt. Südt. Maschinenstopferinnen.

Malergehilfen. W. Böhme, Große Klosterstraße 11.

Schloffer und Dreher. Haacke & Co., E. u. L. L. Magdeburg.

Steinsetzer u. Erdarbeiter. F. Müller, Erdarbeiterstraße 22.

Automobil-Monteur und -Schlosser. Audi-Werke A. G. Magdeburg, Königstraße 19.

Ein zuverlässiger, selbständiger Maschinist als Walzenführer.

Süchtige Arbeiter. Paul Siebert, Magdeburg.

Maler-Lehrling. H. Böhme, Große Klosterstraße 19.

Fabrikanten, Bau- und Holz-Handel.

Kammer-Lichtspiele. Die schleichende Gefahr.

Panorama. Das trennende Band.

Tonbild-Theater. Betyaren-Liebe.

Zirkus Blumenfeld. Im deutschen Sudan. Unterhaltung! Spieldauer etwa 2 Stunden. Humor!

Stephanshallen. Täglich abends 7 Uhr. Sonntags ab 8 Uhr nachm. Erstklassige Varieté-Vorstellung!

Magdeburger Salat. pflanzl. und schmackhaft zubereitet, mit Fischfleisch, ausgewogen 1.60 Mark.

ZENTRAL THEATER. Nur noch kurze Zeit. Der Soldat der Marie.

Alkoholfreier Punsch à Liter 2.25. Schillers Weinhandlung, Gr. Mauerstr. 11.

Magdeburg Fürstenhof-Prunksaal. Sonntag den 10. März, abends 7 Uhr. Großes Konzert.

Haar. Kleiner Möbelführer. anschlüssl. leitet zu höchsten Preisen.

Casino Theater - Varieté. Das Glück und die Liebe. Schauspiel in 3 Akten.

Freudvoll und leidvoll. Marie, die Tochter des Regiments.

Wilhelm-Theater. Freitag den 8. März, 7 Uhr. Vorstellung für Mühlengarbeiter.

Marie, die Tochter des Regiments. Sonntag nachm. 3 Uhr.

Stadt-Theater. Freitag den 8. März. Abend. Hellbraune Karten zum erstenmal!

Aschersleben. Reichardt-Opernhaus. Samstag, 8. März, abends 7 Uhr.

Minon von Venelos. Coppelina (Ballett). Anf. 6 1/2 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Grüßler, hundertjähriger Kaufmännischer.

Welle Wand und Colosseum. Der verkaufte Schlaf. ein phantastisches Spiel in 4 Akten.

Ally Kolberg in Ally schippt. Wisente.

Die schleichende Gefahr. Theater: Thon Sechsbrecher in Komtesse Stallmagd.

Das trennende Band. Ally Kolberg in Ally schippt.

Betyaren-Liebe. U-Boote heraus! Mit U-Boot 178 gegen den Feind.

Das trennende Band. Ally Kolberg in Ally schippt.

U-Boote heraus! Mit U-Boot 178 gegen den Feind.

Träume sind Schäume. Zu Höherem geboren.

Der verkaufte Schlaf. ein phantastisches Spiel in 4 Akten.

Träume sind Schäume. Zu Höherem geboren.

Träume sind Schäume. Zu Höherem geboren.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 57.

Magdeburg, Freitag den 8. März 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 7. März 1918.

Tagesperre für Gas aufgehoben.

Unter dem Vorsitz von Stadtrat Peinert tagte am Donnerstag die Kommission für Kohlenersparnis im Rathaus. Nachdem der Winter vorüber ist und das Tageslicht zunimmt, haben die Verteilungen sich dahin geäußert, daß eine Anzahl wesentlicher Erleichterungen in der Belieferung mit Gas und Elektrizität möglich ist. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurde beschlossen, daß

die Tagesperre für Gas vom 11. März an aufgehoben

wird. Dagegen tritt auch künftig die Gasperre abends um 10 Uhr ein. Die Beschränkung des Licht- und Kohlenverbrauchs für Ladengeschäfte und Kontore hört mit dem 15. März völlig auf. Die Läden und Kontore dürfen von diesem Tage wieder in gewohnter Weise offenhalten bzw. die Kontorarbeiten verrichten. Die elektrische Straßenbeleuchtung wird in weitem Umfang eingeschaltet werden. An den Kreuzungspunkten sollen mit möglichster Beschleunigung elektrische Lampen angebracht werden.

Dagegen wird aber von der Kommission den Verbrauchern von Gas dringend geraten, mit dem Gas äußerst sparsam umzugehen. Die Stadt müsse andernfalls in kürzester Zeit wieder mit den lästigen und die Gewerbebetriebe äußerst schädigenden Gasperren beginnen. Die Notlage sei bezüglich der mangelhaften Transportmöglichkeiten durchaus nicht behoben. Es hänge von den Verbrauchern ab, ob man die soeben beschlossenen Erleichterungen wird beibehalten können. Durch die vielfach als unnötig hart befundenen Beschränkungen sei die völlige Schließung der städtischen Werke in der hinter uns liegenden Zeit vermieden worden. Sobald es nur möglich er schien, habe die Kommission die Erleichterungen eingeführt.

Offen wir, daß sie in Zukunft die Bewohner Magdeburgs nicht abermals mit Beschränkungen belästigen muß.

Ständiger Aufstieg.

Wiederholt haben wir berichtet können, daß unsere „Volksstimme“ während des Krieges ständig an Lesern gewonnen hat. Der daran geknüpfte Wunsch, daß dieser Aufstieg weiter anhalten möge, hat sich erfüllt. Die Bezieserzahl unseres Blattes nimmt von Monat zu Monat zu und hat schon längst den Höchststand überschritten, der jemals zuvor während der Friedenszeit erreicht wurde. Auch die infolge der rapiden Steigerung aller Materialpreise zweimal notwendig gewordene Erhöhung des Abonnementpreises hat den Aufstieg nicht aufzuhalten vermocht.

Als der Krieg ausbrach, hatte die „Volksstimme“ 28 153 feste Abonnenten. Diese Zahl sank im August 1914, vornehmlich infolge der Einberufungen, auf 26 028. Aber dieser Rückgang war nur vorübergehend. Schon im September ging es wieder aufwärts, und zwar unaufhaltsam. Als wir vor Jahresfrist die letzte Aufstellung veröffentlichten, konnten wir 34 094 feste Bezieser hagen. Bis zum Januar dieses Jahres ist diese Zahl auf 38 243 gestiegen, so daß innerhalb eines Jahres ein Zuwachs von 4149 und seit Kriegsbeginn ein Gewinn von 12 215 Beziesern zu verzeichnen ist. Zusammen mit dem Straßenverkauf hat die tägliche Auflage der „Volksstimme“ jetzt die Zahl von 41 000 überschritten. Je nach dem Straßenverkauf steigt sie sogar auf 43 000 und 44 000 Exemplare. Denn wir haben Tage, an denen der Straßenverkauf allein in Magdeburg auf 4000, 5000, ja auf mehr als 6000 Exemplare in die Höhe schnell.

An der Steigerung der ständigen Abonnenten hat die Stadt Magdeburg den Hauptanteil. Hier stieg die Zahl der Abonnenten seit Kriegsbeginn um 2640. Die Zahl der im Straßenverkauf abgesetzten Exemplare der „Volksstimme“ hat sich während des letzten Jahres mehr als verdoppelt. Während vor Jahresfrist im Durchschnitt täglich rund 1000 Exemplare

durch die Straßenhändler verkauft wurden, sind es jetzt 2100. Auch die Feldpost-Abonnenten mehren sich fortgesetzt: Tag für Tag gehen jetzt mehr als 4000 Exemplare unseres Blattes hinaus ins Feld.

Leider fällt in den Becher der Freude über diese Fortschritte auch ein Tropfen Bitterkeit. Der leidige Papiermangel ist es, der uns dieser Erfolge nicht ganz froh werden läßt. Die Brot und Butter, so ist auch das Papier rationiert. Die „Volksstimme“ muß mit einer bestimmten Menge auskommen, die auf keinen Fall überschritten werden darf. Jeder Zuwachs an Beziesern bringt daher neue Sorgen und benachteiligt die alten Leser insofern, als der infolge der Papiernot ohnehin schon viel zu knappe Umfang des Blattes bei vereinzelten Nummern noch mehr eingeschränkt werden muß, um die für die neuen Leser erforderliche Papiermenge „herauszuholen“.

Wir möchten indessen nicht, daß unsere Freunde sich hierdurch abhalten lassen, weiterhin neue Leser für die „Volksstimme“ zu werben. Sie will und soll ein Blatt des Volkes sein und muß daher in die weitesten Kreise dringen. Dies zu fördern, wird gewiß jeder gern bereit sein, selbst auf die Gefahr hin, daß ihm hin und wieder einmal seine Lesestoffration ein wenig gekürzt wird!

Portohinterziehung. Es kommen zahlreiche Portohinterziehungen vor, weil den Beteiligten die im Armeeverordnungsblatt (S. 384) veröffentlichte kriegeminiaterielle Verfügung vom 25. Juli 1917 nicht bekannt ist. Diese lautet: Nach § 25 der Feldpostdienstordnung werden die Gebührensverpflichtungen im Feldpostverkehr nur in Privatangelegenheiten der Fernangehörigen selbst gewährt, nicht aber, wenn weder Abtender noch Empfänger Fernangehörige sind. Es ist daher auch unzulässig, daß Militärpersonen usw. von ihren Angehörigen ausgehende Sendungen mit dem Vermerk „Feldpostbrief“ versehen, auch dann, wenn sie selbst kurze Zuläge beifügen. Lediglich ist es unzulässig, daß Fernangehörige auf den von ihnen selbst ausgehenden Sendungen an Nicht-Fernangehörige durch andere Personen, die auf Portovergünstigung keinen Anspruch haben, Erträge oder persönliche Mitteilungen hinzusetzen lassen. Verstöße gegen die bestehenden Bestimmungen werden wegen Portohinterziehung strafrechtlich verfolgt. Besonders gegen den vorletzten Satz wird in zahlreichen Fällen verstoßen, wobei eine Geldstrafe bewirkt wird, die nach § 27 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 aus dem vierfachen Betrage des bestrafenden Portos, jedoch niemals unter einem Taler besteht.

Schweres Unglück im Zirkus. In Nordenham an der Weser sind im Zirkus Althoff beim sogenannten „Lodessturz“ die drei Geschwister Blumenfeld infolge ungenügender Befestigung des Trapes aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. Während die jüngste der Künstlerinnen einen schweren Armbruch davontrug, waren die beiden andern sofort tot. Die Verunglückten sind mit dem Zirkusbesitzer und -direktor Blumenfeld in Magdeburg verwandt. Sie sind bei Gelegenheit des Gastspiels des Zirkus Hagenbed auch im Magdeburger Zirkusgebäude aufgetreten.

Zuchthaus wegen Diebstahl. Wegen Diebstahl und Schererei standen vor der Strafkammer des Landgerichts der Arbeiter Franz Kowroth, der Arbeiter Otto Franke und der Rangierer Franz Dittke von hier. Kowroth nahm im Jahre 1917 wiederholt Rufen mit Sockenleder in Verwahrung, die ein Soldat dem Kriegsbesoldungskamt gestohlen hatte, und brachte einen Teil der Socken an sich. Die Rufen sollten nach Berlin geschickt werden, wurden aber polizeilich beschlagnahmt. Franke und Dittke stahlen im Dezember aus dem Schuppen auf dem Güterbahnhof Neustadt eine Kiste mit 50 Zehntel-Rufen Zigaretten, die zu Kowroth geschickt wurde, der sie verdeckte. Später wurden die Zigaretten geteilt. Franke nahm ferner eine Kiste mit 30 Weinfässchen, die Kowroth ebenfalls annahm, später öffnete und entleerte. 20 Flaschen Wein behielt er, 10 Stück gab er an Franke, außerdem 50 Mark. Die Kammer verurteilte Kowroth wegen gewerbsmäßiger Schererei zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Franke wegen Vergehens gegen § 133 des Str.-G.-B. in Tateinheit mit Diebstahl zu 1 Jahr 6 Monaten, Dittke eb. nro zu 9 Monaten Gefängnis.

Gehtohlen wurden am 2. d. M. aus einem Geschäft in der Kaiserstraße eine dunkelblaue Seidenbluse mit dunkelroten Rosen; in der Nacht zum 5. d. M. aus einer Holzhandlung in der Albeder Straße ein 7,60 Meter langer, 17 Zentimeter breiter Dreiebsriegel; am 5. d. M. aus einer Bodenlampe in der Wasserfontänestraße ein brauner Winterüberzieher, eine graugrüne Sommerjoppe, vier graublaue Sommerjoppen, eine braungrüne Weste, ein dunkelblaues Herrenjackett, eine dunkelblaue Winterjoppe, eine blaue Monturhose und ein Paar Holzschuhe; in der Nacht zum 6. d. M. aus einem Keller am Langen Weg Speck und Würstchen; aus einem Keller in der Großen Marktstraße 7 Zentner Kartoffeln; aus dem Stall eines Hauses am Kaiser-Wilhelm-Platz eine weiße hochtragende Ziege, die an Ort und Stelle abgeschlachtet ist; aus zwei an der Großen Diebsdorfer Straße und Vorleber Chaussee belegenen Gartenparzellen ein Fahn und mehrere Säbner und Kaminchen; aus dem Garten eines in Alt-Bescherhagen belegenen Grundstücks etwa 20 Zentner eingemietet gewesene Kartoffeln.

Teure Stiefel. Der Arbeiter Otto Fink von hier stahl am 11. Februar d. J. dem Insandienungsmann des 4. Armeekorps durch Einsteigen vier Paar Militärstiefel. Er erhielt deswegen von der Strafkammer des Landgerichts, da strafschärfender Rückschlag vorliegt, 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Feuer. Am Donnerstag vormittag kurz nach 9 Uhr geriet in Rathenower Holzschiffahrt Dampfschiff 9 in dem im zweiten Obergeschloß befindlichen Gerstentraum infolge Funtenbildung in der Rehlmaschine der Staubföhre in Brand. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit mit zwei Schlauchlinien gelöscht werden.

Ein mysteriöser Zimmerbrand. Am Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr entzündete in einer Wohnung des ersten Obergeschloßes Eismarstraße 5 ein größerer Zimmerbrand. Beim Eintreffen der vom Feuerwehler Oberleutnant Straße alarmierten Feuerwehr waren in einem Zimmer sämtliche Möbel, Betten und Kleidungsstücke vom Feuer ergriffen und in einem Nebenzimmer bereits ein Bett so daß die schnelle Beseitigung einer Schlauchlinie erforderlich war. Das in der Wohnung allein anwesende Dienstmädchen will angeblich von einem fremden Mann überfallen und zur Erde geworfen worden sein, wobei sie die Besinnung verloren habe. Nachdem sie wieder zur Besinnung gekommen war, standen beide Zimmer in Flammen und der Mann war aus der Wohnung verschwunden, so daß angenommen ist, daß er den Brand vorzüglich verursacht hat.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Konzerte. Der Berliner Domchor veranstaltete im Märchenhof ein Jubiläumskonzert, dessen Programm zwar im wesentlichen nichts Neues bot, das aber doch unter Prof. Adels ausgezeichneter Leitung das große Interesse völlig rechtfertigte, mit dem das Publikum dem Konzert entgegengekommen war. Die Feinstunde des Dirigenten erwies sich wieder durch den apakten Vortrag fast jeder Nummer des Programms. Zugabegeben, daß unwillkommene Schwankungen in der Tonhöhe den Eindruck bei konzertfähigen Ohren herabstimmten, so blieb doch durch die weitere Technik des Chores ein tiefergehender Eindruck, der sich durch die ausgewählt schönen Gesänge noch wesentlich erhöhte. Unterbrochen wurde das Chorprogramm durch pianistische Einlagen eines jüngeren Künstlers, Wilhelm Kempf aus Berlin, der schon mit seiner ersten Nummer, einer Bach-Fuge, das ungeteilte Interesse des ganzen Hauses gefunden haben dürfte. Das gestrige Konzert des händischen Orchesters im Zirkus brachte als Neuheit eine insondliche Dichtung von Friedrich Smelana „Aus Bödmens Hain und Fluß“. Die Komposition hat viel Ähnlichkeit mit Smelanas „Waldau“, die übrigens nach dieser Nummer gespielt wurde. Sie ist aber im ganzen lieblicher gehalten, eine Eigenheit, die mit der epischen Breite der Komposition gut in Einklang zu bringen ist. Die Ausstattung unter Kapellmeister Siegfried Blumenas temperamentvoller Leitung verurteilte stark und walberdienten Beifall. „Abelungen“-Wunder füllte den ersten Teil des Programms; den Schluß bildeten kleinere Schöpfungen bekannter Tonsetzer.

Mitteilungen der Direktoren.

Stadtheater. Heute Freitag (zum erstenmal): „Simon von Denclos“; hierauf: „Coppelia“ (Balllet). Sonnabend: „Meine Frau die Postkutschlerin“. Sonntag 5 Uhr: „Die Valküre“. Montag (Sondervorstellung für die Küstungsindustrie): „Die Kaiserin“.

Zirkus Blumenfeld. Heute abend 7½ Uhr der große spektakuläre Film „Im deutschen Sudar“. Karten bei Feinrichshofen.

Es faust das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Sarsen.

(45. Fortsetzung.)

(Schluß vorheriger.)

Am nächsten Mittag gingen wir also mit den beiden Alten nach Devlins Speisehaus. Wir gingen so, wie wir gerade bei der Arbeit ausgehen hatten, denn es ist jetzt keine Zeit, sich erst noch lange herauszuputzen,“ sagte Miltreß Rooney.

Das „Damenzimmer“ war mit rauchenden und trinkenden Arbeitern vollbesetzt, als wir jedoch eintraten, nahmen sie ihre Löffel und Pfisen und gingen in das vordere Zimmer hinaus.

„Da können Sie sehen — hier verkehren nur anständige Menschen, die wissen, was sich gehört, wenn Frauen eintraten,“ sagte Miltreß Rooney. „Sich hier mit Zuhörern“ rief sie dem Kellner zu, der auch gleich darauf schon mit dem Bier und den dampfenden Suppentellern eintrat.

„Also jetzt essen und trinken Sie, und dann sagen Sie mir, ob es etwa nicht gut ist!“ fügte sie hinzu, während wir uns über das Essen hermachten.

Aus was die Suppe bestand, weiß ich nicht, ich weiß nur, daß sie ganz vorzüglich war, und es schmeckte mir alles so gut, daß ich sogar meinen Seidel Bier austrank, obwohl ich sonst nie eine Freundin von Bier gewesen war.

Ich fragte Miltreß Rooney während des Essens, wie lange sie schon in der Bäckerei arbeite.

Die Tage gingen, und wir bemühten uns, unser Leben so „gemütlich“ wie möglich einzurichten; wir klappten von Morgen bis in die Nacht, freuten uns jeden Tag aber doch wenigstens auf das Devlinsche Mittagbrot. Ab und zu gab es auch eine kleine Abwechslung, wenn der Vorarbeiter für ein Weibchen an unserm Tisch trat, uns beim Zusammensetzen half und mit Jane und mir plauderte.

In Jane setzte sich mehr und mehr die Ueberzeugung fest, daß ich unbedingt den Vorarbeiter heiraten müsse, und eines Samstags, als er gerade in einer Dampfwolke vor uns verschwand, nickte sie nachdenklich und flüsterte mir dann zu:

„Er ist so verliebt in Sie, daß er Sie sicher bald ins Theater einladen wird; warten Sie nur!“

Am Nachmittag dieses Tages kam wieder der Chef angefahren. Er schlängelte sich nach und nach an unserm Tisch heran, machte allerlei anzügliche Witze und fragte uns nach unserm Namen. Als er ganz in meiner Nähe stand, grinst er mich frech an, kniff mich in den nackten Arm, so daß ich aufschrie, und ging ganz ungeniert weiter, als sei gar nichts weiter geschehen.

Wald darauf kam der Vorarbeiter, winkte mir und bedeutete mir, in den vordern Teil des Saales zu gehen, wo der Chef, eine Zigarette im Munde, stand und mit den Kaderinnen scherzte.

Der Vorarbeiter zog sich diskret zurück, und der Chef sah mich eine Weile scharf an und sagte dann, vom Montag an solle ich eine Stelle als Kaderin haben.

„Und nun geben Sie, und seien Sie den Rest des Tages über möglichst still,“ setzte er hinzu und machte mir ein Zeichen, daß ich entlassen sei. Ich ging an meinen Arbeitsplatz zurück und fand, daß er so widerlich sei, daß ich gar keine rechte Freude an der neuen Stelle hatte, die mit fünf Dollar in der Woche bezahlt wurde.

„Gabe ich es mir nicht gedacht!“ rief Jane halblaut, als ich ihr von der Veränderung erzählte. „Das hat sicher nur der Vorarbeiter zustande gebracht! Und das freut mich jetzt wirklich!“

Die andern hingegen meinten, der Vorarbeiter habe mit der Sache gar nichts zu tun und erzählten eine Menge mehr oder minder glaubwürdiger Geschichten von verführten und verlassenen Mädchen, in denen der Chef immer wieder die Rolle des gewissenlosen Scharken spielte.

Nun war ich es, auf die sich die allgemeine Aufmerksamkeit

richtete; aber mir war es völlig einerlei, denn meine Klüden und meine Beine schmerzten mich dermaßen, daß ich für nichts mehr Sinn und Interesse hatte.

Ich war gerade dabei, mit dem gleichgültigsten Gesicht von der Welt meine Gerbielten zusammenzuwickeln, als der Vorarbeiter vorbeikam und mir ein kleines Stück braunes Badpapier in die Hand drückte.

„Lesen Sie das, wenn niemand es sieht,“ flüsterte er, und seien Sie nicht böse, daß ich mich in Dinge einmische, die mich vielleicht nichts angehen.“

Etwas später las ich:

„Sie müssen hier sofort aufhören; ich rate Ihnen dringend dazu. Gehen Sie Ihr Geld am Montag ab. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich nicht bis Arbeitsluß warten, sondern heimgehen und mich ausruhen. Wenn Sie in einigen Tagen noch keine Stellung haben sollten, wird meine Schwefter Ihnen eine verschaffen. Vor allen Dingen aber bleiben Sie nicht hier,“

Ihre J. R.

Und zeigen Sie dies niemand, denn sonst bin ich meine Stellung los. Auf Montag also!“

Ich zögerte keine Minute, sondern ging schnurstracks von der Arbeit weg in die Garderobe. Als ich aus ihr heraustrat, war der Gang durch einen großen Wäldschloß veripert und der Vorarbeiter stand über ihn gebeugt und fortierte die Wäsche mit einem Eiser, als gebe es für ihn nichts Interessanteres auf der ganzen Welt. Möglichlich sah er von der Arbeit auf und rief mir zu:

„Geda, es ist aber noch nicht sechs!“

„Das ist mir gleich. Ich will heim.“

„Ja, was ist denn los?“ rief er abschließend laut, damit die andern es hören sollten. Dann flüsterte er: „Geben Sie den Bettel gelesen?“

„Ja.“

„Sie wundern sich wohl, warum ich das getan habe?“

„O, nein, ich glaube, Sie zu verstehen.“

(Schluß folgt.)

